

er
Margarine)
sund, mit außer-
Nährwert liefert
kt ab Werk
8-10 Pfd. oder
portofrei bezw.
nstation
chaft
dorf 72
ettheringe
uch zum Sauerbraten
Faß ca. 200 la deit
ß ca. 130 zu 9.70
Napp, Altona 357
wohnen?
als Miete geacht
it ein schuldener
er diese Möglichkei
tischen Erbschaft
erwerb von eigen
t. „Der Weg zur
Sie darüber lesen
nd Helm, Lützowstr.
nmfleisch
alb Braten, halb Koh-
Porto per Nachnahme
ulungen, Prov. Hannover
Oranien, Oranienstr. 52
bahnhof. Mäßige Preise
mationsstellen
tag, den 2. November
Uhr in der Volksbüh-
Bapenmarkt 2
ruthers Glaubens-
m. Zweifeln helfen?
von Viktor S. Michaelis-
Bethel
in musikalische und
liche Darbietungen.
nn willkommen!
Eintritt frei!
onig
Vienen-Blüten-Schicht
stat, hell, goldglänzend,
10 Pfd. 5.00, 5 Pfd. 2.50
ter Nachnahme. Garanti-
Büchlein.
D. Feindt & Söhne,
melingen 340.
bekannt, reell und billig!
Neue Gänsefedern
on der Gans gerupft, mit
Daunen, doppelt gereinigt,
Fund 3.-, Beste Qualität 1.50
talldaunen, gereinigt, 5.-
Daunen 6.75. Vollständige
Federei mit Daunen-
5.25, 5.75, 10.75. Garanti-
subfreie Ware. Ab 5 Pfund
rand p. Nachnahme. Frei-
insgesamt u. Fernwärme,
treiben-Oderbruch.
en,
Sie
tel
ht?
Pfg.

Aufwärts

Bezugspreis:
Ersteinst wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.35 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifband 1.55 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Hfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Millimeterzelle oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Hfg. Beilagen unter 20 a je tausend 15 Hfg.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 259. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 4. November 1930. | 12. Jahrgang.

Wenn je ein Uebel dich betraf, so darfst du nicht verzagen.
Seh' hoch das Haupt, steh' treu und brav und lern' es männlich tragen!
Zeigst du dich aber fassungslos, statt mutig dich zu wehren,
So wirst du jedes Uebel bloß zu Ueberlast vermehren.
Martin Ulbrich.

Neue Wege der Sozialdemokratie.

Eine bedeutsame Umstellung und Verschärfung in der Kampfesart der deutschen Sozialdemokratie wird augenblicklich von den mitteldeutschen Ländern aus in die Wege geleitet. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen ihren alten Bestand an Wählern nicht mehr halten konnte, ja, die empfindlichsten Verluste in allen Teilen Deutschlands, voran sogar in den Kernländern der roten Internationale, in Sachsen, Thüringen und Braunschweig, erlitt, hat die Funktionäre veranlaßt, neue, radikale Wege der Massenbeeinflussung zu finden. Schon seit langem trug man sich mit dem Gedanken, die äußerlich unpolitischen Organisationen der Freidenker auf das großzügigste auszubauen und diese Organisationen gänzlich für den politischen Parteiapparat auszunutzen. Man geht dabei von der Ueberlegung aus, daß der religiös entwurzelte Arbeiter viel leichter dem politischen Schlagwort verfällt, und das hat man ja in Mitteldeutschland in den 12 Nachkriegsjahren wahrlich zur Genüge ausprobiert. Man hat hier alle Methoden versucht, von der Methode der Lächerlichmachung religiöser Gefühle angefangen bis zu den heftigsten Ausbrüchen eines fanatischen Atheismus. Heute soll die Aktion von den mitteldeutschen Zentren aus mit Hilfe der Freidenker in das ganze Reich übertragen werden. Man kann eine Parallele ziehen: wenn vor 12 Jahren die mitteldeutsche Sozialdemokratie in rein parteimäßigem Größenwahn die politische und wirtschaftliche Diktatur erstrebte, so soll jetzt auf mehr geistigem Gebiet durch die Loslösung von Religion und kirchlicher Autorität ein neuer großzügiger Feldzug unternommen werden. Man ist entschlossen, mit dem gleichen Fanatismus vorzugehen wie in den Jahren der politischen Hochkonjunktur, d. h. in den Jahren 1921/23, wo die roten Fahnen über allen drei mitteldeutschen Staaten zugleich wehten.

Den stärksten Impuls erhalten die führenden freigeistigen Verbände von Leipzig aus. Das ist bemerkenswert, denn diese Stadt weist ja auch die weitaus größte Zahl an sozialdemokratischen Wählern unter sämtlichen mitteldeutschen Städten auf, und politische Persönlichkeiten entfalten hier die eifrigste Freidenkerpropaganda. Bekanntlich gibt es eine sogenannte „Reichsarbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände“ (R.A.G.), die als Dachorganisation der einzelnen in sich etwas verschiedenen Unterverbände anzusehen ist. Zu diesen Unterverbänden sind zu rechnen: der Bund sozialistischer Freidenker, der Deutsche Freidenkerverband, der Volksbund für Geistesfreiheit und der Deutsche Monistenbund. Sie zählen insgesamt rund dreiviertel Million eingeschriebene Mitglieder. Man muß sich diese Organisationen merken, um in Zukunft, wenn sie unter verstärkter Aktivität im Dienste der Sozialdemokratie auftreten, sofort Bescheid zu wissen. Vor allem der Bund sozialistischer Freidenker hat seinen Schwerpunkt in Leipzig und Umgegend, und zwischen ihm und dem mächtigen Deutschen Freidenkerverband bestehen heute keine eigentlichen Unterschiede mehr, so daß man mit einer Verschmelzung der beiden Organisationen in absehbarer Zeit rechnen kann. Beide betrachten den Marxismus — was uns hier am meisten interessiert — als ihre eigentliche Plattform und suchen darum vorwiegend parteigenössische Freidenker zu erschaffen. Von den beiden übrigen Verbänden ist der Volksbund für Geistesfreiheit die älteste Freidenkerorganisation Deutschlands, die zugleich auch sogenannte freireligiöse Gemeinden unterhält. Der deutsche Monistenbund endlich verdankt seine Entstehung dem Verschieber der tierischen Abstammungslehre, Ernst Haeckel, und wurde vor rund 25 Jahren in Jena, also auch in Mitteldeutschland, gegründet. Unter der Initiative dieses Bundes, der von Anfang an in sehr leidenschaftlicher Weise jeden Kirchenglauben bekämpfte, kam die Bildung der R.A.G. zustande.

Die sozialdemokratischen Funktionäre nun sind gewillt, diese Verbände in ganz neuartiger und ausgiebiger Weise in ihre Dienste zu spannen. Während die Sozialdemokratie rein parteimäßig und äußerlich den alten

Satz, daß Religion Privatsache sei, also jeder tun könne, was ihm gefällt, weiterbestehen läßt, ist von jetzt ab gerade ihre erste Forderung an die Freidenkerorganisationen: Kontrolle der Kirchenbesucher. Es soll sofort eine eingehende sogenannte Kirchenbesuchstatistik eingeführt und für das ganze Reich aufgestellt werden. Das ist einer der wichtigsten Beschlüsse der soeben stattgefundenen freigeistigen Woche in Braunschweig, wo die Leipziger sozialdemokratischen Genossen als Hauptreferenten auftraten. Mit dieser Statistik wird ein doppeltes verfolgt: einmal sollen die religiösen Extravaganzen der noch in die Kirche gehenden sozialdemokratischen Parteimitglieder kontrolliert werden, um sie dann entsprechend zu bearbeiten, und zweitens will man vor allem der Öffentlichkeit, das heißt, der Arbeiterschaft vorrechnen, wie teuer jeder einzelne Kirchenbesucher für Staat und Steuerzahler zu stehen kommt. Es sollen nämlich gleichzeitig eingehende Untersuchungen über sämtliche etatmäßigen und außeretatmäßigen Mittel, die den Kirchen zufließen, angestellt werden. Im Freistaat Sachsen hat die Sozialdemokratie gerade in diesen Dingen schon eine gewisse Vorübung, bei den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche hat sie bis in die letzten Tage hinein eine derartig rigorose Haltung an den Tag gelegt, daß eine einigermaßen geordnete Regelung mit ihrer Hilfe ganz ausgeschlossen ist. In Thüringen war es nicht anders. Dort sind seinerzeit Angehörige der Geistlichkeit, weil die sozialdemokratischen Machthaber die vom Reich für kirchliche Zwecke zur Verfügung gestellten Gelder einfach zurückhielten, buchstäblich an den Bettelstab gekommen. In Braunschweig lagen die Dinge ähnlich.

Nun ist im Augenblick in allen drei Staaten die politische Macht der Sozialdemokratie infolgedessen gebrochen, als sie keiner Regierung mehr angehört, und auch die kirchenfeindlichen Verfügungen der Linken sind zu einem gewissen, wenn auch bescheidenen Teil aufgehoben und abgemildert worden. Ja, eine bedeutende Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter revolutionierte schließlich gegen die starrs Abschiebung von jeder religiös-kultischen Feier. Man ging insgeheim in die Kirche, meldete seine Kinder für den Religionsunterricht an und suchte irgendwie die Verbindung mit dem alten Glauben entweder beizubehalten oder wieder aufzunehmen. All diese Dinge beobachtete der offizielle Parteiapparat der Sozialdemokratie mit größtem Interesse. Er verfolgte diese Wandlungen sehr genau und kam schließlich zu dem Schluß, daß er den Massen einen Ersatz für die kultischen Gebräuche der Kirche bieten müsse. Vielleicht ist dies das bedeutungsvollste Moment für die künftige Haltung der Marxisten. Man ist zu der Einsicht gekommen, daß das Volk von Natur aus nach religiösen Gemeinschaften verlangt und von diesen innerlich ergriffen wird. Diesem „Bedürfnis“ soll in Zukunft großzügig Rechnung getragen werden. Es sollen ganz neue kultische Feiern und Handlungen, die in ihrer äußeren Symbolik den Gefühlen der Menschen weitest entgegenkommen, eingeführt werden. Wenn die maßgebenden Funktionäre sich über die Einzelheiten dieser Dinge noch nicht ganz im klaren sind, so steht doch das grundsätzlich neue Prinzip fest, und die Ausarbeitung des Programms im Einzelnen wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Man ist sich einig: Wir können die Massen der Indifferenten nur aus der Umklammerung kirchlichen Denkens lösen, wenn wir sie ausgiebig durch Feste und Feiern mit kultischen, symbolisierenden Handlungen in wichtigen Lebenssituationen an uns binden. Die sozialdemokratische Partei tritt um so eifriger für diese Feiern und Handlungen ein, weil sie glaubt, damit zugleich den Geist der sozialistischen Gemeinschaftsidee rein äußerlich auf das prägnanteste zum Ausdruck zu bringen.

Diese Erfassung der breiten Massen auf dem Wege eines neuen öffentlichen Kultus ist auf Veranlassung der Sozialdemokratie sogar zu einem Höhepunkt in den Beratungen und Resolutionen der oben erwähnten Freidenker-Woche in Braunschweig geworden. Es ist auch das Schlagwort von der „aktuellen Kulturpolitik“ geprägt worden, und man hat bitter Klage geführt über das Erstarken der kirchlichen Reaktion in ganz Deutschland. Sehr harte Worte sind dabei gegen die deutschen Landesteile gefallen, wo die beiden großen christlichen Konfessionen immer mehr Macht gewinnen. Nicht nur für die sozialdemokratische Partei, sondern auch für die freien Gewerkschaften wurden sogar auf politischem Gebiet ganz neue Richtlinien ausgegeben, vor allem in dem Sinne, daß bei politischen Kompromissen in Zukunft keine Zugeständnisse konfessioneller Art mehr an andere Parteien zu machen seien. Man greift dabei zu sonderbaren Vergleichen und Behauptungen. Der Wahlkampf

z. B. habe ergeben, daß im Osten und Westen des Reiches die christlich weltanschaulichen Parteien an die Kommunisten verloren hätten. Diese Tatsache widerlege die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vertreter, die sich einbildeten, sie könnten in der Agitation die religiöse Frage nach dem falsch verstandenen Prinzip: „Religion ist Privatsache“ umgehen. Die christlichen Arbeiter, die einmal an der Autorität ihrer kirchlichen Führer zu zweifeln begonnen hätten und einsähen, daß sie mißbraucht würden, hätten mehr politische Logik als die religiösen Sozialisten; sie gingen deshalb dorthin, wo man eindeutig die Kirche ablehne. Durch eine radikale Einziehung des R.A.G.-Apparates sollen nun die Versäumnisse des Sozialismus auf kulturpolitischem Gebiet nachgeholt werden. Wie sehr diese Kulturpolitik tatsächlich in den Vordergrund der Gesamtbestrebungen der Linken tritt, geht nicht zuletzt aus folgendem Beschluß hervor: „Wer der Kirche angehört, unterstützt eine Macht, die schuldig ist, fortgesetzt Volksverrat zu begehen. Macht euch nicht zu Mitschuldigen, vollzieht den Kirchenaustritt! Nicht das Koalitionsrecht ist jetzt akut. Aber aufklären müssen wir den Arbeiter und ihm immer wieder sagen: derjenige ist ein Esel, der in dieser Situation des Klassenkampfes der Kirche nicht den Rücken kehrt.“

In diesem Zusammenhange muß auf eine Agitation hingewiesen werden, die unter dem Motto „Religion und Justiz“ von den mitteldeutschen Sozialdemokraten mit großem Aufwand ins Werk gesetzt wird und die den sogenannten äußeren, rechtsverbindlichen Rahmen für alle oben erwähnten Bestrebungen abgeben soll. Vorführer dieser Agitation ist der ehemalige sächsische Justizminister und Ministerpräsident Zeigner. Der Kampf richtet sich gegen die Grundlage unseres gegenwärtigen und noch mehr des kommenden Strafrechtes, Familienrechtes und Erbrechtes, insofern es sich auf „christlich verfaßtes, vor dem Forum der Vernunft und der modernen Wissenschaft unhaltbares Denken“ stützt. Diese Bewegung tritt nun um so eifriger auf, weil sie auf Bundesgenossen aus dem extrem liberalen Lager hofft. Ihre Parole lautet: Religion und Justiz haben nichts miteinander zu tun und werden es auch dann nicht mehr haben, wenn die Massen wirkliche Freidenker geworden sind.“ Sie hält es darum im Augenblick für besser, durch fortgesetzte Opposition eine Neuordnung des Strafrechtes hinauszuzögern, als zuzulassen, daß alle Prinzipien der Kirche von neuem im Strafrecht verankert werden. Dieser mitteldeutsche Kampf unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner ist ein klassisches Beispiel für die Brückigkeit sozialistischer Gedankengänge und für die Beweggründe, unter denen Sätze wie: Religion und Justiz haben nichts miteinander zu tun, propagiert werden. Zeigner ist ausgerechnet der Mann, der als oberstes Staatsoberhaupt 1923 selbst mit der „christlich verfaßten“ Justiz in Berührung kam. Seine marxistische Weltanschauung hatte ihn damals so weit in die Irre geführt, daß er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er spielt heute wieder eine große Rolle in der sozialdemokratischen Bewegung und stand sogar als hervorragender Vertreter und Hochmann für das Justizwesen auf der Woche der Freidenker in Braunschweig im Mittelpunkt der Verhandlungen.

Dr. A.

Die Unterwühlung der Staatspolizei.

Während das allgemeine Interesse sich immer und immer wieder der Reichswehr zuwandte, deren Zuverlässigkeit bei inneren Kämpfen bestritten wurde, obwohl die Reichswehr in erster Linie ein Machsinstrument des Staates ist, um Angriffe auf den deutschen Lebensraum und seine Grenzen abzuwehren, blieb die Schutzpolizei im großen und ganzen von solchem öffentlichen Interesse verschont.

Dieselben Kreise, welche die Reichswehr immer und immer wieder angriffen, lühten sich der Staatspolizei sicher, denn sie war in den Händen sozialistischer Machteponenten.

Wir können also als klare Linie für die Angriffe gegen die Reichswehr feststellen, daß es den Bekämpfern des Wehrgedankens, den Kritikern an der Haltung der Reichswehr nicht darauf ankam, daß die Reichswehr in demokratischen Händen ist (auch Geßler wurde wegen seiner ritterlichen Haltung gegenüber den Angegriffenen bekämpft, obwohl er Demokrat war), sondern nur darauf, das Reichswehrministerium in sozialistische Hände zu bringen und darüber hinaus das nicht parteipolitische Offizierskorps zu parteipolitisieren, zu zersetzen.

Anders in der Staatspolizei. Die Machtexponenten sind fast ausschließlich Sozialisten. Sie bieten also der Linken durch ihre Parteizugehörigkeit die Garantie dafür, daß das Machtinstrument „Polizei“ „staatsrein“ ist. Auf der anderen Seite wollen die Klagen über die Parteipolitik in der Staatspolizei ebenso wenig verummen, wie die Vorwürfe von Uebergriffen und parteilicher Behandlung gegenüber den Interessen politisch Andersgeinnter. Anders geinnt, d. h. nicht sozialistisch — demokratisch — zentriertlich geinnt.

Geer und Polizei sind Machtinstrumente, die die Gesetzgebung und deren Durchführung sicherzustellen haben. Sie müssen deshalb grundsätzlich aus jeder Parteipolitik herausgehoben werden, damit sie lediglich Diener der Staatsidee seien. Die Staatsidee der Republik von Weimar ist in ihrer Verfassung niedergelegt. Ob diese Staatsidee vollkommen oder unvollkommen ist, das ist eine Frage der Weltanschauung. Daß die Verfassung aber selber auslegungsfähig ist und auch nachweislich im Sinne derjenigen ausgelegt wird, die auf Grund des „Mehrheitsverhältnisses“ an der Herrschaft sind, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Wir haben Fälle genug, in denen die Verfassung eine Auslegung erfährt, die nicht einmal mehr vom Staatsgerichtshof zu decken war. Insbesondere mußte das sozialistische Preußen viermal eine Niederlage vor dem Staatsgerichtshof einstecken. Daraus kann der Schluß abgeleitet werden, daß die Verfassung, verleiht von den Machtexponenten der SPD, durchaus nicht immer die Garantie für die unparteiliche Wahrung der Rechte des ganzen Volkes bietet, in ihrer Auslegung durchaus nicht immer der demokratischen Staatsidee entspricht.

Die Bürgerlichen (bürgerlich ist hier nicht im Gegensatz zu Arbeiter gebraucht, sondern im Gegensatz zur marxistischen Weltanschauung) haben allen Grund, die Unterwürfungserscheinungen in der Staatspolizei näher zu untersuchen. Tatsache ist, daß ganze Hundertschaften der Staatspolizei entweder Reichsbanner-Mitglieder sind oder dem Reichsbanner sympathisierend gegenüberstehen.

Würde man das Reichsbanner als überparteiliche republikanische Organisation ansehen haben, deren Aufgabe es wäre, die in der Verfassung niedergelegte Staatsidee fortzuentwickeln, ihr Leben und Fruchtbarkeit zu verleihen, könnte man vom Standpunkt des nicht parteipolitisch gebundenen Objektiven gegen eine solche Freundschaft wenig einwenden, wenn auch dann noch der Einfluß einer privaten Organisation auf ein Machtinstrument des Staates zurückzuweisen wäre. Die Zusammenfassung des Reichsbanners und seine Ergänzung aus jenem Volksteil, der durch die Schule des Klassenkampfes gegangen ist, bürgt niemals dafür, daß diese Organisation nicht das gleiche Ziel wie die SPD verfolge.

Dieses gemeinsame Ziel ist und bleibt die sozialistische Republik.

Eine sozialistische Republik aber ist nur durch Revolution der Verfassung (von Gewaltwegen, von einer zweiten Revolution abgesehen) zu erreichen und, was schwerer wiegt, sie ist im Effekt die Diktatur der Klasse. Ist das Reichsbanner ein parteipolitisches Instrument, und es ist es auch dann, wenn es sich zwei oder drei Parteien verpflichtet fühlt (Zentrum, SPD und Demokraten) von denen die eine Partei (Zentrum) schon bedenklich abgerückt ist, so ist damit die parteipolitische Zersetzung und Verheerung der Polizei gegeben. Es ist unmöglich, daß ein Polizeibeamter, der Mitglied des Reichsbanners ist, in seiner Dienstausübung, z. B. bei politischen Zusammenstößen, objektiv bleiben kann. Die Parteiminister haben sich selbst des öfteren als Machtexponenten ihrer Partei bezeichnet, die sich von ihrer Weltanschauung bei ihren Amtshandlungen (Personalpolitik) leiten lassen. Wenn die Bürgerlichen unter diesen Umständen der Amtsführung solcher Machtexponenten mißtrauen, ihre Objektivität anzweifeln, ist das durchaus verständlich.

Menschenführung als Aufgabe der Kirche.

Die evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft in Bielefeld hat ihre diesjährige Winterarbeit mit einem Vortrag von Prof. D. Stählin-Münster eröffnet. „Menschenführung als Gegenwartsaufgabe“, so heißt das Gesamtthema, zu dem im Laufe des Winters ein Theologe, ein Naturwissenschaftler, ein Arzt, ein Staatsmann und andere führende Männer das Wort nehmen werden.

Professor D. Stählin sprach als erster über das Thema: „Menschenführung als Aufgabe der Kirche“. Menschenführung ist in besonderem Maße eine Gegenwartsaufgabe. Soziale und geistige Herrschaftsverhältnisse, die aus der Geschichte uns überkommen waren und verpflanzten die Sinngebung des Lebens und seelische Führung bedeuteten, sind zerbrochen. Der Mensch verlor sich frei zu machen und als autonome, von allen äußeren und inneren Verpflichtungen entbundene Persönlichkeit seinen Weg zu gehen. Er hat aber erkannt, daß er der Führung als entscheidende Lebenshilfe nicht entbehren kann und fragt aufs neue danach.

Führung bietet sich ihm von verschiedenen Seiten an. Schon das Lebensschicksal als solches schließt eine bestimmte, meist unbewusste Führung in sich, daneben gibt es mannigfache Träger einer bewußten Führung: einzelne Führer, daneben einzelne pädagogisch wirksame soziale Gruppen. Genannt werden hier die verschiedenen Vereine bis hinab zum Sportverein und Regeklubb, die heute deshalb eine gewisse Ueberbetonung erfahren, weil sie neben ihrer eigentlichen Aufgabe noch jene besondere Aufgabe der Führung und Erziehung mit übernehmen müssen. Endlich bieten auch Staat und Kirche ihre Führung an.

Die Macht der Kirche, Menschen zu führen, ist gegenwärtig auf einen verhältnismäßig kleinen Teil unseres

Im kaiserlichen Deutschland pflegten Minister, wenn sie überhaupt einer Partei angehörten, zum Zeichen, daß sie ihr Amt überparteilich zu führen gewillt waren, aus der Partei auszutreten. Diese symbolische Handlung konnte sie wohl nicht aus ihrer Weltanschauung lösen, aber sie betonte die Absicht der Objektivität. Anders im neuen Deutschland, in dem die Anhänger der SPD ausdrücklich betonen, die Führung ihres ihnen anvertrauten Amtes als Machtexponenten ihrer Partei wahrzunehmen.

Wir brauchen nicht zu beweisen, daß die SPD nach wie vor die demokratische Republik nur als „Notstand“ ansieht und die sozialistische erstrebt. „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel.“ Wir brauchen nicht nur die Bekenntnisse eines Wels anzuführen, der die Diktatur der SPD für wünschenswert erachtete. Oder eines Löbe, der, heute Reichstagspräsident, am Tage der Geburt der Weimarer Verfassung — am 11. August 1919 — bekannte: „Die Verfassung ist nur ein Fetzen Papier, über den die Geschichte hinwegschreiten wird“ (Der Tag). Die Forderungen lauten auf „Diktatur des Proletariats“, „einen zweiten 8. November“, „Klassenkampf“. Es ist festgestellt, daß die SPD unter Benutzung der Dienstpost Wahlaufrufe an Schutzpolizeiformationen gelangen ließ. Es ist weiter festgestellt, daß andere Wahlaufrufe, mit Schreibmaschine geschrieben, an die Schutzpolizei gelangten, in denen ganz offen gegen andere Volksteile gehegt, die Polizei gegen diese anderen Volksteile eingenommen und die Disziplin untergraben wurde, indem zwischen Offizier und Gefolgschaft Mißtrauen gesät wurde. (Siehe auch „Der Deutschen Spiegel“ Nr. 43).

Bisher ist noch nichts verlautet, daß irgendein Polizeipräsident gegen diese Zersetzung und Unterwürfungserscheinungen sei. Allerdings muß festgestellt werden, daß eben jene Polizeipräsidenten zu einem großen Teile der SPD angehören und der oberste Vorgesetzte der Polizei eben dieser Partei die Treue hält. Berücksichtigt man weiter das Bekenntnis der SPD, „daß sie nicht auf Informationen einzelner Beamten angewiesen sei, und daß sie jederzeit gewissenhaft mit zuverlässigem Material versehen werde, da allein im 37. Wahlbezirk von A-Stadt 150 Beamte der SPD angehören“, so dürfte die Forderung nach einer recht gründlichen Untersuchung seitens der Parlamente durchaus am Platze sein. Wenn bisher die Forderungen nach gründlicher Untersuchung, ja, wenn bisher bloße Kritik in den Parlamenten einfach auf Grund des Mehrheitsverhältnisses unterbunden, um nicht zu sagen, niedergehalten wurde, so ist das ausschließlich auf das Verhalten des Zentrums zurückzuführen, dessen Personalpolitik zum Ruhhandel zwischen der SPD und ihm geworden ist. Es hat diesen Ruhhandel genau so zu scheuen wie die SPD und darum widersteht sich das Zentrum bewußt jeder Klärung im Parlament durch Niederhaltung der Opposition und ihrer dahin gerichteten Kritiken und Forderungen. Das Bürgertum hat in seiner politischen Zersplitterung dafür gesorgt, daß das wichtigste Instrument des Staates, die Polizei, in die Hände eben jener Partei gelangte, die sich zwar „staatsrein“ nennt, deren Staatsreue aber nur sehr bedingt ist. Ihre Staatsreue hängt lediglich von dem Nutzen ab, den sie für ihre Machtexponenten, ihre Bonaparte und ihre Klasse herauszuschlagen kann. Die Treue zum Staat um seiner selbst willen gibt es da nicht.

Der Sinn wahrer Demokratie ist doch der, allen Kräften, soweit sie sich im Rahmen der Verfassung halten, die gleichen Vorbedingungen zur Entwicklung zu schaffen, es allein dem „sovereänen Volke“ überlassend, sich für die eine oder andere der Kräfte zu entscheiden. Von solcher wahren Demokratie ist die SPD natürlich weit entfernt. Wenn bisher die Möglichkeit eines SPD-Rußes nicht erörtert wurde, so nur wegen der irdigen Abstemmung, die SPD sei „staatszerstörerisch“. Es ist die Frage an die Staatspolizei zu richten, ob sie

Volkes begrenzt und beschränkt sich auch innerhalb dieser „kirchlichen Kreise“ im allgemeinen auf eine religiöse Sphäre. Auf dem Gebiet der Seelsorge wird heute von der Kirche sehr viel getan. Aber diese Seelsorge beschränkt sich dabei im wesentlichen auf Mahnung und Tröstung und bietet dem Menschen keine wirkliche, seinen ganzen Lebensstand umfassende Führung. Dieser Mangel ist nicht nur, wie das meistens geschieht, auf ein Versagen der Kirche zurückzuführen. Vielmehr liegen schon in dem geschichtlichen Ansatze des Protestantismus Spannungen zu jeder wirklichen Menschenführung. Zudem der Protestantismus sich vor allem an die bewußten Kräfte des Willens und Denkens im Menschen wendet, droht er die tieferen unbewußten Schichten des menschlichen Seins dem Chaos auszuliefern. Indem er den Menschen einsam vor Gott stellt, hat er praktisch das allgemeine Priestertum gegenseitiger Führung verkümmern lassen. Indem er endlich das Heil des Menschen nur von Gott herleitet und alle Vermittlung kirchlicher Technik dabei ausschaltet, hat er zugleich wertvollste Erfahrung und Weisheit wirklicher Seelenführung verloren und vernachlässigt. In dieser unaufhebbaren Spannung zwischen Glauben und jeder bewußten Menschenführung liegt das eigentliche Anliegen aller heutigen evangelischen Pädagogik.

Die Führung, die der Kirche aufgetragen ist, hat das Anliegen, dem Menschen das Wort Gottes zu sagen, sie will, mit anderen Worten, den Menschen vor Gott stellen. Damit steht der Mensch vor der letzten entscheidenden Frage und wird genötigt, ihr standzuhalten und jedes Sichverschanzen aufzugeben. Zugleich wird damit sein tiefster Schaden aufgedeckt, seine Sünde wird als Gott widerstrebender Jähzorn enthüllt und als einzige Möglichkeit neuen Lebens wird allem kulturellen und moralischen Bildungsstreben gegenüber die Gnade Gottes hingestellt.

unter allen Umständen und mit aller Schärfe gegen die Diktaturbestrebungen der SPD vorgehen werde oder ob sie, durchsetzt mit SPD-Anhängern in Führung und Gefolgschaft, bestenfalls „sich auf den Boden der Tatsachen“ stellen würde, um einmal den Verfassungsbruch, das andere Mal den Konflikt mit den Parteigenossen zu vermeiden. Wir dürfen nicht ruhen, in das Volk den Gedanken an die Zerfetzungs- und Unterwürfungslosigkeit der Staatspolizei zu tragen und es ist die Pflicht der Öffentlichkeit, jede Amtsüberschreitung aus parteipolitischen Motiven, jede Vernachlässigung der Rechte, die die „Andersgeinnten“ haben, jeden Uebergriff klar herauszustellen. Das Parlament muß in jedem Falle eine klare und eindeutige Antwort erzwingen und, wenn die „Mehrheitsparteien“, weil sie selbst ihre dunklen Personalpolitik-Sündel zu verdecken haben, Kritik und Forderungen abschneiden, an das preussische Staatsvolk appellieren.

Niemand kann zwei oder mehreren Herren dienen. Entweder ist die Polizei überparteilich, Diener der Staatsidee und des ganzen Volkes. Oder sie ist Diener einer Partei, die nebenher auch mal die Interessen und Rechte anderer Volksgenossen wahrnimmt und schützt, wo es sich nicht ganz vermeiden läßt, um den Schein der Ueberparteilichkeit zu wahren. Eine solche Polizei wäre nicht Staatsmacht, sondern Prätorianergarde. Was sie sein will, das sei sie ganz. Und klar und eindeutig. Denn sie wird für das Volk vom ganzen Volke erhalten und unterhalten. Nicht nur von einer recht fragwürdigen „Mehrheit“.

Die Verhältnisse nötigen uns, den Kampf um die Staatspolizei zu führen. Wach sein ist die Parole.

F. B. A.

Eintreibung Südslawiens?

— Berlin, 3. November.

Italiens Ministerpräsident Mussolini hat dieser Tage in einer viel beachteten Rede gesunde Gedanken über die Neugestaltung der europäischen Politik entwickelt. Daß Italien daneben auch die alten Wege der Diplomatie nicht vernachlässigt, daran erinnern uns in den letzten Tagen zwei Ereignisse, deren politische Bedeutung wiederholt noch in Erscheinung treten wird: die Hochzeit von Wissi und der Abschluß eines griechisch-türkischen Freundschaftsvertrags.

Mit der Vermählung der italienischen Königtöchter Giovanna mit König Boris von Bulgarien sind nicht nur enge Fäden zwischen beiden Völkern geknüpft worden, sondern mit dieser Hochzeit sollen auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Bulgarien gefestigt werden, gab Mussolini doch in den Tagen von Wissi sicher nicht ohne Absicht die Parole: „Nach Südosten!“ aus. Befolgt worden ist diese Parole freilich schon seit Jahren und, wie die gemachten Erfahrungen beweisen, mit gutem Erfolg.

Italien verfolgte mit seiner Balkanpolitik ein zweifaches Ziel. Einmal wollte es Siedlungskolonien für seinen Bevölkerungszuwachs schaffen, zum andern suchte es auf dem Balkan Rückendeckung gegen Frankreich und den französischen Vorposten Südslawien. Beides ist gelungen. Heute gebietet Italien in Albanien fast unbeschränkt, mit Ungarn, Bulgarien, Griechenland und der Türkei unterhält es gute Beziehungen —, die freilich bisher dadurch beeinträchtigt wurden, daß manche dieser Länder untereinander wieder in Feindschaft lebten.

In kluger und vorsichtiger Weise hat sich nun die italienische Diplomatie darum bemüht, diese Schwächen durch die Herbeiführung eines Ausgleichs unter den befreundeten Staaten zu beseitigen. Das geschah aus sehr eigennützigen Beweggründen — hatte aber trotzdem als ersten Erfolg den, daß ein erheblicher Teil des Konflikstoffes, der auch heute noch auf dem Balkan vorhanden ist, beseitigt wurde. Von der Bedeutung des griechisch-türkischen Freundschaftsvertrags z. B. wird man eine Vorstellung erhalten, wenn man sich daran erinnert, daß Griechen und Türken noch vor

Die Kirche erfüllt ihre Aufgabe, indem sie durch ihre Lehre dem Menschen ihre Verkündigung nahebringt, indem sie durch ihren Kultus den Menschen sinnbildlich eingliedert in die Ordnung des Heils und indem sie den Menschen in der Gemeinde an den Ort stellt, an dem er zu glühhaftem Dienst sich berufen weiß. In jeder Beziehung stellt sich die Kirche damit in unaufhebbarer Gegensatz zum Denken des heutigen Menschen.

Jede Menschenführung beruht auf der Verbundenheit im Vertrauen und in der Liebe. Will die Kirche führen, so muß sie ihre Sprache und ihre Lebensformen so gestalten, daß sie von den Menschen der Gegenwart verstanden wird und ihnen nahekommend. Sie muß aus jeder fechtenhaften Isolierung herausreten und sich hineinsetzen in die Schicksalsgemeinschaft der heutigen Menschheit. Zur Ueberwindung der ihr hier entgegenstehenden besonderen Schwierigkeiten muß sie auch besondere Wege gehen. Sie bedarf einer besonderen religiösen Unterweisung auch der Erwachsenen, zu dem Zweck, den Menschen unserer Zeit die religiöse Sprache wieder lebendig zu machen und ihre sinngebende Bedeutung offenbar werden zu lassen. Es bedarf einer Seelsorge, die den Menschen unserer Gegenwart in das Licht der Vergebung Gottes stellt. Endlich bedürfen wir heute in besonderem Maße der Freizeit, die den Menschen etwas von der Wirklichkeit der Kirche und der von ihr ausgehenden Führung erleben läßt.

Der Vortrag war vor allem in seinem letzten Teil etwas vom Ringen darum, wie die Kirche den Aufgaben, die ihr aus der Gegenwart erwachsen, gerecht werden kann, wie sie führerlos und nach Führung verlangen den Menschen Führung bieten kann. Dabei geht es um die Kirche, die nicht ist, sondern die immer wieder wird. H. Si.

einigen Ja nicht lange Streiffrage

Angekl Selbstverwirklichung dieser religiösen Missionen feinen der türkischen bringen.

In R Dinge mit Schlichtung geben, die gungsfreie Nun dann in Beziehung nien, die die zwischen europäischen italienischen der Mächte der europä

Bersä in Fronte eine Stelle gerade hi daß der ungünstig dafür spr dann zu sch auf nicht meh

Was

Freundschaft

trag im

mit der

verpflichte

trage d

politische

Vertragsp

Parteien

freibliche

andere P

statis Me

Konflikte

Bergleich

richt im

fragen d

Vertragsd

der Vertu

längert, n

Gültigkeit

Gibson

Stat

Haba

in den d

nische W

tenfrage

sucht, bis

italienische

von den C

Delegierte

Man

in endgült

gung der

famntgeben

Frankreich

Wahrung

betreten n

Londoner

Die A

Gibson's

Parfien

urteile die

henisch-fr

fisch, dem

und Mom

Die Sowj

Die A

den Abri

nachbarst

geführt w

Vorstände

ischen Boi

Bahnhof

M

Unter

der abesti

zum Kaiser

Seit 1.

jezt nenne

fors Mene

Neben Me

er die Reg

Geschiedl

lit beiseit

über den

ität zu h

Tafel

baner dem

dann aber

Zafari p

eigenen

Europa.

In Dnstr

es aber v

Weltkriege

Abessi

einige un

Eroz sein

Bone hat

gemähates

chürfe gegen die
werde oder ob
führung und Ge-
der Tatsachen
gsbruch, das an-
genossen zu ver-
s Volk den Ge-
ühlungsmöglich-
s ist die Pflicht
ung aus partei-
g der Rechte, die
griff klar her-
dem Falle eine
u und, wenn die
e dunklen Per-
Kritik und For-
Staatsvolk ap-
Herren dienen.
ch, Diener der
er ist Diener
Interessen und
mit und schützt,
den Schein der
he Polizei wäre
garde. Was sie
eindeutig. Denn
erhalten und
fragwürdigen
Kampf um die
die Parole.
F. V. A.
wiens?
November.
ini hat dieser
unde Gedanken
Politik ent-
alten Wege
ran erinnern
eignisse, deren
Ercheinung
d der Abschlus
vertrags.
ischen Königs-
bulgarier sind
Höfen geknüpft
en auch die po-
ngen zwischen
gab Mussolini
Defolgt wor-
Jahren und
en, mit gutem
Politik ein zwe-
Lungsolo-
schaffen, zum
endendung
hen Vorposten
e gebietet Ita-
lunarn, Bul-
terhält es gute
rch beeinträch-
ntereinander
at sich nun die
diese Schwächen
chs unter den
as geschah aus
tte aber trotz-
licher Teil des
f dem Balkan
der Bedeutung
vertrags z. B.
denn man sich
fen noch vor
n sie durch ihre
nahbringt, in-
en sinnbildlich
indem sie den
ellt, an dem er
In jeder Bezie-
schreibbaren Ge-
en.
er Verbunden-
die Kirche jäh-
bensformen so
egenwart ver-
muss aus jeder
d sich hinein-
utigen Mensch-
gegenstehenden
esondere Wege
gigiose Unter-
eck, den Men-
wieder lebendig
ung offenbar
sorge, die den
der Vergabung
e in besonde-
etwas von der
e ausgehenden
letzen Teil et-
den Aufgaben,
eredet werden
verlangen-
ei geht es um
wieder wird.
S. St.

einigen Jahren Todfeinde waren, wie es ja auch noch nicht lange her ist, daß sehr heisse griechisch-türkische Streitfragen den Völkern beschäftigt.

Angesichts dieser Verhältnisse war es nur eine Selbstverständlichkeit, daß sogleich nach der Unterzeichnung dieses neuesten Freundschaftsvertrags der griechische Ministerpräsident Venizelos dem italienischen Botschafter in Ankara einen Besuch abstattete, um Italien seinen Dank für die „Mithilfe bei der Regelung der türkisch-griechischen Fragen“ zum Ausdruck zu bringen.

In Frankreich hat man diese Entwicklung der Dinge mit wachsender Besorgnis verfolgt, ist doch der Schilling Südslawien jetzt rings von Staaten umgeben, die Rom verpflichtet sind, so daß die Bewegungsfreiheit Südslawiens nur noch eine begrenzte ist. Nun darf man natürlich auch die französische Stellung in Südosteuropa nicht unterschätzen, sind doch die Beziehungen zwischen Frankreich, Südslawien, Rumänien, die Tschechoslowakei und Polen weit enger als die zwischen Italien und seinen Parteigängern. Von europäischen Gesichtspunkten aus kann man aber die italienischen Erfolge nur begrüßen, weil sie den Druck der Mächte verstärken, die mit der jetzigen Ordnung der europäischen Verhältnisse nicht zufrieden sind.

Verschiedentlich sind in letzter Zeit zwar auch in Frankreich Stimmen laut geworden, die praktisch eine Stellungnahme für die Revision bedeuten, aber gerade hierbei kommt mir die Erfahrung machen, daß der Revisionsgedanke in Frankreich nur laue und unzulängliche Vertreter gefunden hat, wie auch alles dafür spricht, daß ein Einlenken von Frankreich erst dann zu erwarten ist, wenn die französische Politik sich auf die Unabänderlichkeit der Verträge einfach nicht mehr verlassen kann.

Was die Einzelheiten des griechisch-türkischen Freundschaftsvertrags betrifft, entspricht dieser Vertrag im wesentlichen den Schiedsverträgen Italiens mit der Türkei und mit Ungarn. Beide Parteien verpflichten sich, an keinem Abkommen oder irgend einer Kombination wirtschaftlicher oder politischer Art teilzunehmen, die gegen den anderen Vertragspartner gerichtet sind. Wenn eine der beiden Parteien von einer oder mehreren Mächten trotz ihrer friedlichen Haltung angegriffen wird, so wird die andere Partei während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten. Etwa entstehende Konflikte zwischen den beiden Parteien werden einer Vergleichskommission und dann einem Schiedsgericht unterbreitet werden, wenn es sich nicht um Fragen der Souveränität des Staates handelt. Die Vertragsdauer ist auf fünf Jahre festgesetzt, und der Vertrag gilt um die gleiche Zeitdauer für verlängert, wenn er nicht sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeit gekündigt wird.

Gibsons vergebliche Bemühung.

Italien beharrt auf seinem Standpunkt.

Gabass berichtet aus Rom: Nach den Eindrücken in den diplomatischen Kreisen scheint der amerikanische Botschafter in Brüssel, Gibson, der in der Plattenfrage zwischen Frankreich und Italien zu vermitteln sucht, bisher kein Ergebnis erzielt zu haben. Die italienische Regierung ist nämlich fest entschlossen, nicht von den Grundfäden abzugehen, die die italienischen Delegierten in London und Genf vertreten haben.

Man glaubt, daß Frankreich seinen Standpunkt in endgültiger Form erst im Verlauf der Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission bekanntgeben werde, doch ist man der Ansicht, daß, wenn Frankreich dem Londoner Dreimächteabkommen unter Wahrung seiner Position zur See gegenüber Italien beitreten würde, auch Italien sich schließlich später dem Londoner Dreimächteabkommen anschließen würde.

Die Pariser Presse bestätigt, daß die Bemühungen Gibsons gescheitert sind. So erklärt der offizielle „Petit Parisien“ in einer Meldung aus Rom, Gibson beziehe die Möglichkeiten, einen Ausweg aus der italienisch-französischen Kontroverse zu finden, pessimistisch, denn er habe die den Standpunkt von Paris und Rom trennende Kluft ermessen können.

Die Sowjetdelegation zur Abrüstungskommission abgereist.

Die Delegation der Sowjetunion zur Vorbereitenden Abrüstungskommission, die aus Litwinow, Lunatscharski und Langow besteht und von Litwinow geführt wird, ist nach Genf abgereist. Der deutsche Botschafter von Dierken und höhere Beamte der deutschen Botschaft hatten die Sowjetdelegation bis zum Bahnhof begleitet.

Nas Tafari's Krönung.

Kaiser Selassie I.

Unter großem Gepränge wurde am Sonntag in der abessinischen Hauptstadt Addis Abeba Nas Tafari zum Kaiser gekrönt. Er nahm als solcher den Namen Selassie I. an. Nas Tafari oder Selassie I., wie man ihn jetzt nennen muß, hat schon seit dem Tode des Kaisers Menelik eine führende Rolle in Abessinien gespielt. Neben Meneliks Tochter, der Kaiserin Rauditu, führte er die Regentschaft und legte dabei große diplomatische Geschicklichkeit an den Tag, wie sie auch der alte Menelik beisehen hatte. Vor allem verstand er es auch gegenüber den verschiedenen Strömungen im Lande Neutralität zu bewahren.

Tafari's Vater hatte unter Menelik die Mohammedaner dem christlich-abessinischen Reich unterworfen, sie dann aber mit kluger Milde versöhnt. Von ihm lernte Tafari Humanität. Zu den Gegenständen, die er im eigenen Lande vorfand, kamen die Ereignisse in Europa. Sie wirkten sich ganz in der Nähe aus. In Ostafrika kämpften Kolonialtruppen, Tafari hat es aber verstanden, sein Land von den Händen des Weltkrieges fernzuhalten.

Abessinien oder Aethiopien ist neben Liberia der einzige unabhängige Staat des Schwarzen Erdteils. Trotz seiner geographischen Lage in der tropischen Zone hat das Land im allgemeinen ein gesundes und gemäßigtes Klima, da es auf einem hohen Plateau

liegt. Das abessinische Volk zählt etwa 12 Millionen und gehört zu den seit uralten Zeiten in Nordafrika ansässigen hamitischen Völkern. Es ist eigentlich ein Mischvolk; der wichtigste der zahlreichen Stämme, in die die Abessinier zerfallen, ist der Amharastamm, dem auch das Kaiserhaus angehört.

Wenn auch das Christentum schon im vierten Jahrhundert in Abessinien eingeführt wurde, so ist noch heute ein Teil des Volkes mohammedanisch und ein anderer Teil heidnisch. Durchschnittlich bleiben im Monat zwölf Tage alle staatlichen Anstalten, außer Polizei und Post, aber auch alle Äbden geschlossen anlässlich des einen oder des anderen Festtages, deren es in Abessinien zahllose gibt.

Remal Pascha spricht.

Eröffnung des türkischen Parlaments.

Der türkische Präsident Remal Pascha eröffnete die Tagung der Kammer mit einer Rede, in der er zunächst der Niederwerfung des Aufstandes in den östlichen Wilajets gedachte und die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen zur Stabilisierung der türkischen Währung hervorhob. Ferner erklärte er: In der auswärtigen Politik erstreben wir eine Sicherung des Friedens und gutnachbarliche Beziehungen. Sie richtet sich gegen kein einziges Volk.

Mit besonderer Genugtuung äußerte sich dann Remal Pascha über den Besuch des griechischen Ministerpräsidenten und des griechischen Außenministers in Ankara und betonte, daß zwischen den Interessen der beiden Länder kein Gegensatz mehr bestehe. Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten habe der alterproben Freundschaft zwischen der Türkei und Ungarn eine neue Bedeutung verliehen.

Der frühere Kammerpräsident Ruzum Pascha wurde dann mit 249 gegen 10 Stimmen wieder zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Brüning in Dresden.

Sachsen fordert Trient-Revision.

Die am Sonnabend in Dresden abgehaltene Versprechung zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung wurde dadurch eingeleitet, daß Ministerpräsident Schied eingehend die sächsischen Schwierigkeiten und Nöte darlegte. Reichsfinanzminister Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich führten aus, daß es nach der Gesamtlage darauf ankomme, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und Finanzpolitik zu befestigen. In diesem Sinne sei der Wirtschaftse- und Finanzplan der Reichsregierung als einheitliches Ganzes zu würdigen.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt, vielmehr diente die Aussprache einem vertraulichen Gedankenaustausch über die wichtigsten Probleme dieses Reformplanes, dessen Einzelberatung im Reichsrat bekanntlich bevorsteht. Selbstverständlich wurde hierbei auch das Reparationsproblem besprochen. Dabei trug Ministerpräsident Schied unter Bezugnahme auf den unlängst ergangenen Beschluß des sächsischen Landtages den Wunsch vor, sobald wie möglich zu einer Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen zu gelangen.

Die Strafanzeigen Dr. Frids.

Eine Erklärung des preussischen Justizministers Schmidt.

Der preussische Justizminister Dr. Schmidt veröffentlichte eine Erklärung zu den Zeitungsmeldungen, die sich mit der Behandlung der Strafanzeigen des sächsischen Ministers Dr. Frid durch die preussischen Justizbehörden befaßten und führt darin aus:

Preussische Staatsanwaltschaften haben in einer Reihe von Fällen, in denen Dr. Frid Strafanzeige auf Grund des Republikanengesetzes erstattet hatte, ein Einschreiten wegen Vergehens gegen dieses Gesetz abgelehnt, weil eine Beziehung zwischen der gegen Dr. Frid gerichteten Verurteilung und der verfassungsmäßig festgesetzten republikanischen Staatsform nicht nachweisbar war.

Wegen rein persönlicher Beleidigung des Ministers Dr. Frid (Paragrafen 185 ff. StGB.) haben preussische Staatsanwaltschaften in einer Reihe von Fällen die Erhebung der öffentlichen Anklage auf den von Dr. Frid gestellten Strafantrag nach Prüfung des Sachverhalts mangels öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung abgelehnt. Solche Entscheidung der Staatsanwaltschaft zu mißbilligen, hat der Justizminister keinen Anlaß.

Führerkrise in der Wirtschaftspartei.

Colosser legt sein Amt als zweiter Vorsitzender nieder.

Der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Colosser, hat sein Amt niedergelegt. Er begründet diesen Schritt damit, daß der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Drenwig, „die übrigen Vorstandsmitglieder und Abgeordneten durch selbstherrliche Handlungsweise dauernd brüskiert habe“. Colosser hat die Absicht geäußert, aus der Wirtschaftspartei ganz auszusteigen.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Drenwig, führt die Differenzen mit Colosser auf Meinungsverschiedenheiten über die Haltung gegenüber dem Berufsbeamtentum zurück. Abgeordneter Colosser habe heftige Angriffe gegen die Beamten gerichtet, die die Partei in ihrer Gesamtheit nicht hätte billigen können.

Grundsteuer-Verdoppelung.

Eine Erklärung des preussischen Finanzministers.

Auf eine Anfrage eines preussischen Landtagsabgeordneten, ob das Staatsministerium bereit sei, die Ausführungsbestimmungen zum preussischen Grundvermögenssteuergesetz dahin zu ergänzen, daß die eigentümlichen Wohngrundstücke bis zu bestimmten Mietwerten von der doppelten Grundsteuer befreit werden, erklärte der preussische Finanzminister:

Von den eigenbenutzten Wohngrundstücken wird der staatliche Zuschlag zur Grundvermögenssteuer bis zur Höhe von 4 Prozent der in der kleinen Anfrage für die einzelnen Ortsklassen angegebenen Jahresfriedensmietenwerte (Ortsklassen A bis D 600 bis 300 Mark) nicht erhoben. Die Beträge sind Höchstbeträge; erreicht der Friedensmietenwert sie nicht, so kann die Erleichterung auch nur entsprechend seiner tatsächlichen Höhe gewährt werden. Im übrigen reichen die allgemeinen Anordnungen aus, um auch bei dem staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, begründeten Ansprüchen auf Steuererleichterung wegen schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse im Einzelfalle zu genügen.

Youngplan schafft Krisenherde.

Geheimrat Duisberg befürwortet eine freiwillige Verhängung über den Lohnabbau.

Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, sprach über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und verwies dabei mit Recht darauf, daß die Überwindung der Krise auch ein psychologisches Element voraussetzt: die Abkehr von jeder defätistischen Klammerei und die Bekundung von Mut und Vertrauen auf den deutschen Wiederaufstieg.

„Der Durchbruch des Vertrauens im Inlande,“ so fuhr Geheimrat Duisberg fort, „wird auch das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland fassen lassen. Aber eines ist dabei zurückgeblieben: Die Erkenntnis in weiten Kreisen des Auslandes, daß die Deutschland aus schwerer belastenden Verträge nicht mehr lange aufricht erhalten werden können, soll nicht die Folge ein dauernder Krisenherd nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa sein.“

Besonders schwierig ist die Überwindung der innerwirtschaftlichen Krise. Neben den Steuern fallen als feste Produktionskosten die Lohn- und Gehaltssummen ins Gewicht. Und ihre Senkung ist nicht zu vermeiden. Gärten können aber durch gleichzeitiges Sinken des Preisniveaus ausgeglichen werden, so daß der Reallohn derselbe bleibt. Nur durch eine Ausdehnung der Ausfuhr, die unseren Vertrieben wieder erhöhte Beschäftigung bringt, ist auch die organische Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess zu erreichen. Die viel erörterte Kürzung der Arbeitszeit ist ein Mittel, das nicht generell durchführbar ist. Möglichst viele Arbeiter wieder einzustellen, dazu scheint es mir zweckmäßig zu sein, wenn ein freiwilliger Lohn- und Gehaltsabbau die notwendige Selbstkostenlage schafft, die es den Vertrieben ermöglicht, die Produktion auszuweiten und so neue Arbeitskräfte wieder organisch einzualletern.“

Geheimrat Duisberg schloß seine Rede mit der Feststellung, das deutsche Volk sei überzeugt, daß auch der Youngplan undurchführbar geworden sei und zu einer schweren Schädigung der deutschen Wirtschaft und der Gläubigerländer führen werde.

Revision im Bombenlegerprozeß.

Anberaumung eines Haftprüfungsstermins beantragt.

Im Prozeß wegen der Sprengstoffanschläge in Nordwestdeutschland haben sich die Verteidiger der Angeklagten entschlossen, gegen das Urteil des Altonaer Schwurgerichts Revision einzulegen. Der Verteidiger der Angeklagten Volk, Wid, Lühmann und Beder, die nach der Urteilsverkündung sofort erneut in Haft genommen worden sind, hat die Anberaumung eines Haftprüfungsstermins beantragt.

Wie weiter verlautet, ist gegen die Zeugin Frau von Derken, von der behauptet worden war, daß sie sich als „agent provocateur“ betätigt habe, Meinungsanzeige erstattet worden. Man nimmt an, daß durch die Anzeige eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die verurteilten Bombenleger erreicht werden soll.

Neue Bestimmungen über Einfuhrschneine

Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft haben soeben durch Verordnung bestimmt, daß Anmeldungen zur Ausfuhr von Mollereierzeugnissen aus Weizen und Spelz, von Malz aus Weizen und Spelz oder Gerste, sowie von Graupen, Grieß, Grütze, Mehl und Floeden aus Gerste und von Mollereierzeugnissen aus Hafer mit dem Anspruch auf Erteilung von Einfuhrschneinen mit Wirkung vom 5. November 1930 an nicht mehr zulässig sind.

Ein Hochwasser-Kommissar.

20 000 Mark.

Aus Anlaß der Meldungen über den Bruch eines Oberdeiches bei Briel, der auch die Reichswasserstraßenverwaltung berührt, hat der Reichsverkehrsminister einen Kommissar in das Ueberschwemmungsgebiet entsandt.

In dem bedrohten sächsischen Obergebiet sind 20 000 Mark am Werk, die die Rettungsarbeiten vielfach unter eigener Lebensgefahr durchführen. Die Besserung der Wetterlage hat zwar eine kleine Verbesserung gebracht, doch wird es im günstigsten Falle noch Tage dauern, bis jede Gefahr vorbei ist. Die Stadt Luppau war zeitweise rings vom Wasser eingeschlossen. Der angerichtete Schaden läßt sich zur Zeit noch nicht annähernd schätzen. Auch der Wildbestand ist vielfach in Mitleidenschaft gezogen worden. Nehe sah man rudelweise im Hochwasser schwimmen.

Auch die Regeniederung wurde vom Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen. In der Umgegend von Landsberg an der Warthe mußte der Verkehr zwischen den einzelnen Ortschaften durch Rähne aufrecht erhalten werden.

Verwegener Bankraub.

Maskierte Banditen erbeuten in Berlin 14 000 Mark.

In eine Zweigstelle der Berliner Stadtbank im Berliner Stadtteil Moabit drangen vormittags zwei maskierte Banditen ein, hielten das Personal mit Revolvern in Schach und raubten das herumliegende Geld. Auf bereitstehenden Fahrrädern suchten sie das Weite und konnten trotz sofortiger Verfolgung nicht gefaßt werden. Nach flüchtiger Schätzung sind ihnen etwa 14 000 Mark in die Hände gefallen.

